

# Antrag an den Rat Nr. : A-R/0025/2018



**Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Ratsfraktion Münster



**CDU**

Ratsfraktion Münster

## Antrag

06.03.2018

### **Der Rat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Vorbereitung auf die Dialogveranstaltung mit der Bürgerschaft im Sommer 2018 zu prüfen:

1. ob das bestehende Gebäude der Drogenberatung INDRO e.V. an der Bremer Straße durch eine Aufstockung um ein Obergeschoss erweitert werden kann;
2. ob es ggfs. räumliche Alternativen (z. B. Alter Güterbahnhof) gibt, die von INDRO e.V. für seine Arbeit genutzt werden könnten und mehr Platz bieten.

### **Begründung:**

Der Verein INDRO e.V. befindet sich seit 1994/95 in der Bremer Straße an der Ostseite des Bahnhofs. Im Drogenhilfezentrum werden niedrigschwellige Beratungsangebote, der Kontaktladen, sowie auch der Konsumraum betrieben, in dem Drogenabhängige Hilfe bekommen. Weitere dort wahrgenommene Aufgabenbereiche sind u.a. die psychosoziale Betreuung Substituierter, Spritzentausch, medizinische Akutversorgung, szenenahe Frauenarbeit oder das Projekt "Aufsuchende Arbeit und mobile Spritzenentsorgung". Der Verein engagiert sich aber auch in der Öffentlichkeitsarbeit und Drogenpolitik und führt nicht zuletzt praxisnahe Drogenforschung durch.

Der stetige Anstieg von betroffenen hilfeschendenden Personen macht eine dringende Erweiterung des Gebäudes erforderlich. Die vorhandene Immobilie ist für die umfangreiche Arbeit des Vereines INDRO e.V. zu klein geworden. Es fehlt nicht nur Platz für direkte Drogenberatung, sondern auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, da das Beratungspersonal wächst. Gerade in diesem Bereich stehen die Sicherheit und Hygiene der Beratung an erster Stelle für einen reibungslosen Ablauf der Beratung.

Da das Gebäude nur über zwei Etagen verfügt, soll geprüft werden, ob diese Immobilie aufgestockt werden kann. Die Immobilie befindet sich im Eigentum der Stadt Münster.

Gegeben falls soll eine weitere Alternative in räumlicher Nähe für die Arbeit des Vereins gefunden werden, die es erlaubt, die bewährten Angebote und die Betreuung von Betroffenen im gewohnten Rahmen fortsetzen zu können.

gez. Stefan Weber  
und Fraktion

gez. Otto Reiners  
und Fraktion